

Erscheint
an allen Werktagen.
Bezugspreis
für Monat November 20.—
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 280.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . 265.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.
Jensprecher: 4248, 2273,
3110, 3249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Dresden.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Ausspernung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 40.—M.
Reklameteil 120.—M.
Für Anfragen aus
Deutschland . . . 3.50 M.
im Nettometeil 10.—M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Czeksche Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Die Wahrheit über das Rheinland.

Unter welch hartem Druck das Rheinland steht, davon hat man im unbefestigten Deutschland und erst recht im Ausland gar nicht die rechte Vorstellung. Die wirtschaftlichen Sanktionen haben dem Wirtschaftsleben unendlichen Schaden zugefügt und viele Tausende Arbeiter zum Feiern gezwungen. Nur sind sie aufgehoben. Über man befürchtet im Rheinland, daß das, was an ihre Stelle treten soll, nicht viel milder sein wird. Die militärischen Sanktionen — dieser Druck auf das Ruhrgebiet — bestehen noch fort, obwohl Deutschland alles getan hat, was man von ihm verlangte.

Das Rheinland wird behandelt, als sei es eine eroberte Provinz. Das widerspricht dem Versailler Vertrag, der doch ein Friedensvertrag sein sollte. Die starke militärische Besetzung der Rheinprovinz ist nichts als ein Mittel, um Deutschland auszupowern. Milliarden muß das deutsche Volk für sie zahlen. In den rheinischen Städten werden Schulen zu Kasernen, wird Ackerland zu Exerzierplätzen gemacht, müssen viele Tausende ihre Wohnungen mit Inventar den Besatzungssoffizieren zur Verfügung stellen. Überall, wo Franzosen sind, werden Bordelle eingerichtet, und die unselige deutsche Sklavine, die darin zwangsinterniert wurde, muß Ansprüche befriedigen, die sich hier kaum anbieten lassen. Sie ist dort eine Beute der Schwarzen. Die Jagd nehmen die Besatzungen für sich in Anspruch, — der Rheinländer muß seine Hasen den Fremden überlassen.

Eine Verhandlungsfreiheit gibt es ebenso wenig als eine Pressefreiheit. Die unterm 20. Sept. 1921 in Kraft getretene Verordnung Nr. 97 der Interalliierten Rheinlandkommission bestimmt, daß alle Druckschriften, Bilder, Veröffentlichungen usw., die geeignet sind, das Ansehen und die Sicherheit der Besatzungsbehörden und Truppen zu gefährden, bis zu drei Monate verboten werden können — im Wiederholungsfalle auf immer, der Kauschul-Paragraph ist so dehnbar, daß die Pressefreiheit aufgehoben ist. Der Redakteur nicht nur, auch der Herausgeber und der Verleger wird vor Gericht gestellt — nicht vor das ordentliche Gericht, sondern vor das Kriegsgericht. Die Strafen sind drakonisch. Die Saarpresse ist mundtot gemacht.

Es wird verlangt, daß der Redakteur für jede Notiz den Wahrheitsbeweis erbringt, was vielfach unmöglich ist, da der Redakteur doch nicht überall selbst hinschreiten kann, um festzustellen, ob das Lüpfelchen auf dem "i" stimmt. Man hat Redakteure bestraft, die Nachrichten aus der "Frankfurter Zeitung" niedergaben. In Mainz besteht eine französische oder doch von Franzosen inspirierte Zentrale, die ihre Falschmeldungen als Rückdecke in die deutsche Presse zu legen bemüht ist, damit dann flugs die Franzosen sagen können: die Deutschen lügen. Die rheinische Presse muß sich daher die allergrößte Reserve auslegen. Sie darf die Wahrheit nicht schreiben.

Umso mehr ist das die Pflicht der übrigen deutschen Presse. Sie muß aber dabei aufrichtig sein, sich jeder Übertreibung enthalten. Diese wirkt besonders ungünstig auf die Engländer, die den Tschechen nicht aus dem Wege gehen, sondern sie nachprüfen und aufrichtig wünschen, den harten Druck zu mildern. Die Berliner Presse hat sich vielfach recht schlecht unterrichtet erwiesen — die rheinische Presse bekommt es zu spüren. Um aus dem Rheinland die Wahrheit ins Ausland zu bringen, hat der am 9. Oktober in Bochum abgehaltene rheinisch-westfälische Pressetag beschlossen, eine Nachrichtenstelle ins Leben zu rufen, die einwandfreies Material den ausländischen Journalisten zur Verfügung stellt.

Das Rheinland leidet, leidet vor allem seelisch. Es ist deutsch und will deutsch bleiben. Es ist keine eroberte Provinz und darf verlangen, daß das kulturell hochstehende Volk, das dort lebt, nicht behandelt wird wie eine französische Übersekolonie. Pflicht der wahrheilselbenden Presse ist, dafür zu sorgen, daß die ganze Welt erfährt, wie das Rheinland drangsaliert wird.

Der Staatsumsturz in Portugal.

London, 24. Oktober. (PAT) Der Staatsumsturz in Lissabon, der durch eine Gruppe von Offizieren ausgeführt wurde, ist gelungen. Der Oberst Coelho hat ein Kabinett gebildet. Aus Madrid kommt die Nachricht, daß der Ministerpräsident Senhor Granja ermordet worden ist. Um Blutvergießen zu vermeiden, hat sich der Präsident der Republik mit einer teilweisen Erneuerung des Kabinetts einverstanden erklärt und die Bildung des neuen Kabinetts dem Oberst Coelho übertragen.

Madrid, 24. Oktober. (PAT) Die portugiesische Gesandtschaft in Madrid teilt mit, daß am Abend in ganzem Staate vollkommenes Ruhe herrsche. Die Bevölkerung habe die Nachricht über die Bildung des Kabinetts Manuels Coelha freundlich aufgenommen.

London, 24. Oktober. (PAT) Den englischen Behörden ging die Nachricht zu, daß in Lissabon ernste Unruhen entstanden sind und daß die englischen Handelsfirmen und Banken in der Hauptstadt Portugals wegen Besorgtheit, daß sie beraubt werden könnten, um Siedlung eines englischen Kriegsschiffes bitten. Infolgedessen erhielt der Kreuzer "Galvão" den Befehl, sich sofort nach Lissabon zu begeben, wo er wahrscheinlich am Sonntag früh eingetroffen ist.

Rücktritt des Kabinetts Wirth.

Danzig, 24. Oktober. (PAT) Die Danziger Zeitung berichtet: Der Reichskanzler Dr. Wirth händigte am Sonnabend dem Präsidenten Ebert das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts ein. Präsident Ebert übertrug formell Dr. Wirth die weiteren Arbeiten bis zu dem Augenblick, da ein neues Kabinett gebildet wird. Für Sonntag Vormittag lud der Präsident die Parteiführer zu sich ein, um mit ihnen gemeinsam über die Bildung eines neuen Kabinetts zu verhandeln. Der Reichstag wird noch nicht zusammengetreten. Die Kabinetsberatung, in der der Rücktritt des Kabinetts beschlossen wurde, dauerte nur einige Minuten. Die Annahme bzw. Ablehnung der Entscheidung des Völkerbundsrats in der oberschlesischen Anlegeszeitung wurde noch nicht beschlossen. In der Sonntagsberichterstattung des Präsidenten Ebert mit den Parteiführern haben die Sozialdemokraten vorgeschlagen, daß man Dr. Wirth erneut mit der Bildung des Kabinetts beauftrage. Es sind wenig Aussichten für die Verwirklichung dieser Vorschläge vorhanden. Die Zentrumspartei und die Demokraten werden dem Präsidenten die Bildung einer Koalitionsregierung auf breiterster Basis vorschlagen, die alle Parteien von den Sozialdemokraten bis zur deutschen Volkspartei umfassen soll. Als Kandidaten für den Kanzlerposten wurden im Reichstage der Zentrumsführer Dr. Marx und die Sozialdemokraten Hermann Müller und Löbe genannt. Es sind dies jedoch nur Vermutungen. Der Reichstag wird nicht vor der Bildung des neuen Kabinetts zusammengetreten.

Neues Abenteuer Kaiser Karls.

Wien, 24. Oktober. Die "Neue Wiener Mittagszeitung" berichtet aus Wiener-Neustadt, daß die telegraphische Verbindung mit Westungarn, hauptsächlich mit Szopron, unterbrochen ist. Dies weist darauf hin, daß sich dort bedeutende politische Vorfälle vorbereiten. Am Sonnabend erhielt das Wiener Innenministerium die Nachricht, daß die Gerüchte, die in Wiener-Neustadt über die Ankunft Kaiser Karls in Ungarn verbreitet sind, sich bestätigen. Der ehemalige Kaiser Karl ist am Freitag nachmittag in einem Flugzeug in Szopron eingetroffen.

Das "Neue Wiener Abendblatt" berichtet darüber: Der ehemalige Kaiser Karl wurde in Szopron durch den ungarischen Präsidenten der Abgeordnetenkammer begrüßt. Karl ernannte ihn zum Ministerpräsidenten und betraute ihn mit der Bildung des Kabinetts. Soviel bisher bekannt ist, sollen in dieses neue Kabinett Apponyi, Andrássy und Dr. Gratz eintreten. In Wien sind Gerüchte verbreitet, daß Karl mit einer Abteilung, die von Ostenburg beschikt werde, aus Szopron nach Ostenpest marschiere soll. Die "Wiener Allgemeine Zeitung" weiß sogar zu berichten, daß in Ungarn die Regierung Horthy bereits gestürzt sein soll.

Selbstverständlich wehrt sich sowohl die ungarische wie die Wiener Regierung gegen diesen Streich des früheren Kaisers und treffen wichtige Schutzmaßnahmen. Die ungarische Regierung erklärt feierlich, daß der Kaiser Karl im Sinne des Art. 1 des Gesetzes vom Jahre 1920 keine staatliche Herrschaft ausüben darf und das ungarische Gebiet verlassen müsse. Die Regierung gibt entsprechende Anordnungen heraus.

Die Ostenpester Vertreter der Entente haben bei der ungarischen Regierung Schritte unternommen und protestieren in einer Note gegen die Rückkehr Kaisers Karl.

Der Eindruck in Prag.

Prag, 24. Oktober. (PAT) In Prag traf die Nachricht von der Ankunft Karls in Szopron am Sonnabend vormittag ein. Der Präsident Masaryk und der Minister Benesch, die sich nach Jazyk begeben wollten, nahmen Abstand von dieser Reise und Beresch verließ sofort den Kabinettstrakt nach Prag. Es traf in Prag die Nachricht ein, daß sich in Westungarn schon ein neues Kabinett gebildet habe.

Die "Neue Freie Presse" berichtet aus Prag: Zwischen den Regierungen der Tschechoslowakei und Ungarns finden an- dauernd telefonische Gespräche statt über die Durchführung einer gemeinsamen Aktion für den Fall, daß Kaiser Karl die Regierung in Ungarn wirklich übernehmen sollte.

Wien, 25. Oktober. (PAT) Aus Ostenpest wird berichtet: über Ostenpest und Umgebung wurde der Belagerungszustand verhängt.

Wien, 25. Oktober. (PAT) Der ehemalige Kaiser Karl verließ um 8 Uhr nachmittags den Ort Raad in der Richtung Komorna vor der Station Komorna wurde der Zug, in dem sich der Kaiser befand, aufgehalten.

Aus Rumänien.

Anleihe in der Schweiz.

Bukarest, 24. Oktober. (PAT) Der Ministerrat ratifizierte eine in der Schweiz aufgenommene Anleihe von 40 Millionen Franken. Ein Teil dieser Anleihe, 16 Millionen, wurde in bat aufgenommen, die Restsumme von 24 Millionen in Materialien und Werkzeugen. Die Anleihe ist im Jahre 1923 zahlbar. Rumänien wird sie mit Getreide — 7.500 Eisenbahnwagen jährlich — in 2 Jahren abzahlen.

Das Budget.

Bukarest, 24. Oktober. (PAT) Der Finanzminister erklärte daß die Staatsausgaben in den letzten Monaten die Einnahmen des Staates um 253 Millionen übersteigen. Der Minister kündigte die Einleitung energischer Schritte an, um den Kurs der rumänischen Baluna zu bessern und sprach sich gegen ein Moratorium der ausländischen Schulden aus.

Nach der Entscheidung.

Die Note der Großmächte,
die wir in der Sonntagsnummer veröffentlichten, ging der polnischen Regierung mit einem Brief Brands an den bevollmächtigten polnischen Minister in Paris zu. Der Brief hat nach der inoffiziellen Übersetzung der polnischen Telegraphenagentur folgenden Wortlaut:

Paris, 20. Oktober 1921.
Herr Minister! Ich beehe mich, Ihnen hierdurch den Wortlaut der Entscheidung mitzuteilen, die am 20. Oktober von der Konferenz der Botschafter Englands, Frankreichs, Italiens und Japans beschlossen wurde, d. h. von den Botschaftern der Mächte, die gemeinsam mit den Vereinigten Staaten, als die alliierten und assoziierten Hauptmächte der

Vertrags von Versailles die Aufgaben der Bevölkerung entsprechend zu lösen, so wie diese Wünsche sich gemindert in der Volksabstimmung äußerten. In Bezug gezogen wurden zugleich die geographischen und wirtschaftlichen Lage der gegebenen Territorien. Infolgedessen lassen die Mächte nach Erholen des Unterkünfte des Völkerbundsrates zu der Schlussfolgerung, daß das oberschlesische Industriegebiet aus geographischen Gründen und mit Rücksicht auf die ethnographisch gemischte Bevölkerung geeignet werden müsse. Es ist klar, daß nach jeder Teilung dieses Gebietes auf beiden Seiten der Grenzlinie eine nicht unbedeutende Menge völkischer Minderheiten vorhanden sein müssen. Unter diesen Umständen weist die beschlossene Entscheidung zugleich auf die Sicherungen hin für die wirtschaftliche Lage in Oberschlesien und für den Schutz der Minderheiten.

Die polnischen Mächte bemühten sich, im Geiste des Vertrags von Versailles die Aufgaben der Bevölkerung entsprechend zu lösen, so wie diese Wünsche sich gemindert in der Volksabstimmung äußerten. In Bezug gezogen wurden zugleich die geographischen und wirtschaftlichen Lage der gegebenen Territorien. Infolgedessen lassen die Mächte nach Erholen des Unterkünfte des Völkerbundsrates zu der Schlussfolgerung, daß das oberschlesische Industriegebiet aus geographischen Gründen und mit Rücksicht auf die ethnographisch gemischte Bevölkerung geeignet werden müsse. Es ist klar, daß nach jeder Teilung dieses Gebietes auf beiden Seiten der Grenzlinie eine nicht unbedeutende Menge völkischer Minderheiten vorhanden sein müssen. Unter diesen Umständen weist die beschlossene Entscheidung zugleich auf die Sicherungen hin für die wirtschaftliche Lage in Oberschlesien und für den Schutz der Minderheiten.

Der polnische Pariser Gesandte zur Genfer Entscheidung.

Paris, 24. Oktober. (Tel.-Un.) Der polnische Gesandte in Paris hat heute einen Redakteur des Bureau Fournier empfangen und ihm folgende Erklärung abgegeben: Polen wird die Genfer Entscheidung annehmen. Ihm liegt nur eins am Herzen: Die größten Vorteile aus dieser Entscheidung zu ziehen und zu arbeiten. Wir werden uns bemühen, mit unserm Nachbarn freundliche Beziehungen herzustellen. Diejenigen Deutschen, die als Landgutbesitzer auf unserem Gebiet verbleiben, werden keinen Belästigungen ausgesetzt sein. Wir werden die politische und wirtschaftliche Organisation des uns zugeteilten Gebietes schrittweise vornehmen, um allmählich die Einheit des polnischen Vaterlandes herzustellen.

Die oberschlesische Frage im preußischen Landtag.

Die Rote Steigerwalds.
Nachdem der Friedensvertrag uns die Provinz Polen, die halbe Provinz Westpreußen, das Memelgebiet, Niederschlesien und Cuppen-Malmesbury gebracht, sind nun auch die Wälder über Oberschlesien gefallen. Das Land — seit den Anfängen osteuropäischer Kultur ununterbrochen in deutschem Besitz —, so wie es vor uns liegt, das ausschließlich Werk preußisch-deutscher Arbeit und Tatkraft, deutscher Intelligenz und Ordnung, soll in zwei Teile zerissen werden, von denen der westvollere Teil Polen überantwortet wird. Derndeutsche Städte, Bilder westeuropäischer Kultur, wirtschaftliche Mittelpunkte des ganzen oberschlesischen Industriegebietes, Knotenpunkte seines Eisenbahnnetzes, sollen der Polonisierung verfallen!

Die gesamte Eisenproduktion, der größte Teil der Eisen- und Stahlwerke, weit mehr als die Hälfte unserer dortigen Kohlengruben werden uns entrieffen, um die wir andere Länder mit jährlichen Kohlentributen versorgen müssen.

Jeder Mann und jede Frau, die noch deutsches Empfinden bewahrt haben, stöhnen auf unter dieser neuen Vergewaltigung.

Von den unparteiischen Sachkennern aller Nationen, die Oberschlesien besuchten und studierten, ist seine Unteilbarkeit als unabdingte Voraussetzung seines wirtschaftlichen Ge-

Zentrifugen

"LANZ"
Mannheim

"BALISTIC"
Stockholm

"KRUPP"
Essen

Inż. H. Markowski i M. Grotowski

Grosshandlung landwirtschaftlicher Maschinen
Warszawa

Poznań

Zabia 3 — Tel. 114-07. Mielżyński 28 II. Tel. 52-43.

deihen festgestellt worden. Trotzdem spaltet man es in zwei lebensfähige Teile. Auch in dem künftig polnischen Oberschlesien sind das Kapital, die Leitung, der überwiegende Teil der gelehrten Arbeiterschaft deutsch. Oberschlesien muss also zusammenbrechen, wenn diese führenden und geistigen Kräfte ihre bisherige Wirkungsstätte verlassen.

Den Aussichten aber auf ehrlichen wirtschaftlichen Frieden und die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ist damit der schwerste Schlag versetzt. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ist nach Lloyd Georges eigener Erklärung auf äußerste geschwächt. Die Gegner selbst schlagen mit ihren immer drückender werdenden Auflagen alle Aussichten nieder, von Deutschland die erhofften Leistungen zu gewinnen.

Wir dürfen nicht müde werden, diese Erkenntnis in der Welt zu verbreiten. Einigkeit im Innern ist jetzt erste und heiligste Pflicht. Unsere oberschlesischen Brüder, die in den letzten drei Jahren so fürchterlich haben durchmachen müssen, sind uns in dieser Beziehung ein leuchtendes Vorbild. Dort in Oberschlesien ist alle parteipolitische Gegnerschaft unter den deutschen Volksgruppen in den Hintergrund getreten vor der gemeinsamen Not.

Darum sei ihrer, unserer oberschlesischen Brüder und Schwestern, in diesem Augenblick in Ergriffenheit, Begehrung und herzlicher Liebe gedacht. Was sie bisher geleistet und gelitten haben, ist echtes Heldentum. Dieses Heldentum aus den Tagen, die hinter uns liegen, ist uns Unterpfand dafür, dass sie auch das Schwere, das noch vor ihnen und vor uns liegt, tragen und durchhalten werden. Ihr deutschen Oberschlesier seid und bleibt untreinbar untereinander, un trennbar von der großen deutschen Volksgemeinschaft. Unzerbrechbare Bände verknüpfen uns auch in Zukunft miteinander. Wir werden Euch mit allem, was wir sind und haben, weiter die Treue halten.

Kommunistische Värmungen.

Als sich Stegerwald zum Rednerpult begab, erklärte Dr. Mayer (Kom.) er habe schon vor Eintreten in die Tagessitzung das Wort zur Geschäftsausordnung erbeten. Präsident Leinert ging jedoch hieraus nicht ein, und als Ministerpräsident Stegerwald seine Ausführungen beginnen wollte, setzte ein bestiger Vater in der Kommission ein; auch einige unabhängige Abgeordnete beteiligten sich hieran. Die Versuche des Präsidenten Leinert, Muhe zu schwaffen, blieben erfolglos. Nach der Rede Stegerwalds beantragte Abg. Herold (Dr.), angehörs des Ernstes der Sache die Sitzung abzubrechen. Der folgende Redner Abg. Dr. K. (Kom.) stellte darüber Beschwerde, dass Präsident Leinert die Immunität der kommunistischen Abgeordneten nicht geschützt habe, deren Pulte in der kommunistischen Zentrale durch Schupo-Beamte erbrochen worden seien. Präsident Leinert wies die Angriffe zurück. Der Vorschlag des Präsidenten Leinert, die Sitzung abzubrechen, und die nächste am 3. November, nachmittags 1 Uhr, abzuhalten, wurde gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen. Dem Präsidenten wurde jedoch die Ermächtigung erteilt, die Sitzung nötigenfalls auch zu einem früheren Zeitpunkt einzuberufen. Schluss 12½ Uhr.

Der "Vorwärts" zur Lage.

Berlin, 24. Oktober. Der "Vorwärts" schreibt: Die Entscheidung über Oberschlesien wird den beteiligten Staaten nicht offiziell sondern so zu sagen privatamtlich mitgeteilt. Die offizielle Veröffentlichung, nach der die geteilten Gebiete binnen Monaten statt von den Neutralisierten zu räumen und den beiden Nachbarstaaten zu übergeben sind, soll erst erfolgen, nachdem die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen abgeschlossen sein werden. Man glaubte, Reichstag und Regierung würden durch die Entscheidung über Oberschlesien vor vollendete Tatsachen gestellt sein, und es würde nichts anderes zu tun übrig bleiben, als das politische Fazit aus ihnen zu ziehen. In Wirklichkeit handelt es sich aber zum Teil noch um werdende Tatsachen, deren Entwicklung durch das Verhalten Deutschlands beeinflusst werden kann. Würde die Reichsregierung heute durch das Schwanken einzelner Parteien gestört sein, ihren Rücktritt zu erklären, so wäre ohne Not eine äußerst schwierige Lage geschaffen und die Stellung Deutschlands in den bevorstehenden Verhandlungen würde nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Protest der süddeutschen Regierungen.

Benthen, 24. Oktober. (PAT) Wie die "Dresdner Nachrichten" mitteilten, haben die Regierungen Süddeutschlands gegen die Annahme der Alliiertennote in der oberschlesischen Angelegenheit protestiert, weil diese Entscheidung die Kohlenlieferungen nach Süddeutschland bedroht. Die genannten Regierungen erinnern an die Verabsichtung, dass die Kohlenbedarfs bei den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen.

Protest der deutschen Volkspartei.

Berlin, 24. Oktober. (Tel.-Union) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat von den bekanntgewordenen Erklärungen der Entente über die oberschlesische Entscheidung Kenntnis genommen. Die Fraktion sieht in dieser Entscheidung eine Missachtung der Volksabstimmung und eine Verlegung des Versailler Vertrages und lehnt diese Entscheidung einstimmig ab.

Die Wojewodschaft Kattowitz.

Beuthen, 24. Oktober. (PAT) Der polnische Oberste Volkstrat hat Schritte unternommen, um die Organisierung der künftigen Wojewodschaft Kattowitz vorzubereiten. Er begann am Donnerstag

in Kattowitz seine Amtstätigkeiten. Die Hauptvoraussetzung des Rates befindet sich im Hotel Deutsches Haus, wo sich früher das Abstimmungsbüro des Kattowitzer Kreises befand.

Die Eisenbahndirektion Kattowitz nach Oppeln.

Beuthen, 25. Oktober. (PAT) Die Eisenbahndirektion Kattowitz zieht mit allen ihren Beamten nach Oppeln über.

Aus Königshütte wird berichtet, dass die dortigen oberschlesischen Post- und Eisenbahnamtbeamten sich auf einem Umlaufschreiben gegen ein Verbleiben unter polnischer Herrschaft erklärt haben. Zugleich wird berichtet, dass aus Berg und Kratzau Polizeibehörden nach Oberschlesien abgefahren sind, um dort die Übernahme durch die polnische Verwaltung vorzubereiten.

Ein Abschiedstelegramm.

Königshütte, 24. Oktober. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften von Königshütte haben folgendes Telegramm an den Reichskanzler in Berlin gesandt:

Das Unrecht ist Wirklichkeit geworden. Die deutsche Stadt Königshütte ist vom alten Vaterland losgerissen. Auch unter der Fremdherrschaft werden wir unser Deutschtum bewahren und mit den Brüdern und Schwestern im Reiche eines Sinnes sein.

Gleichzeitig erlassen die Abhänger dieser Kundgebung folgenden Aufruf: Deutsche Bürger von Königshütte! Das bisher Unglaubliche ist eingetreten. Unsere Stadt, die zu 75 v. h. deutsch ist, wird gegen unseren Willen und gegen unser Klare Recht einem fremden Staat zugefügt. Unsere Zukunft müssen wir neu schaffen. Ertrag die schweren Lage der Übergabe mit Ruhe, bewahrt eure Würde und vergeht nicht, dass ihr Deutsche seid. Schließt euch enger als je zusammen!

Ein Urteil über Genf.

Kopenhagen, 24. Oktober. "Politiken", die sich nie durch besondere Deutschfreundlichkeit ausgezeichnet hat, schreibt über die Teilung Oberschlesiens: Die Teilung des Industriebezirks, des berühmten Dreiecks zwischen Beuthen, Gleiwitz und Kattowitz, ist durch nichts zu rechtfertigen. Im Dreieck ist eine sichere deutsche Mehrheit, und der Bezirk bildet eine fast geschweifte Einheit. In Europa findet sich kaum ein industrielles Feld, dessen einzelne Teile so fest und innerlich verbunden sind. Trotzdem hat der Völkerbund diesen lebenden Organismus mit dem Schwerte durchgeschlagen. Diese seine eigene Abmachung hat der Völkerbund schon selbst verurteilt, indem offiziell bekanntgegeben wurde, dass bei der Teilung „nichts getrennt, aber ökonomisch eng verbunden“. Bezirke entstehen würden. Das Dreieck soll zwar politisch geteilt werden, aber für einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren zusammen eine ökonomische Provinz von Deutschland ausmachen. Der Völkerbund erkennt also an, dass das Dreieck eine unteilbare Einheit ausmacht, und dass es verhängnisvoll sein könnte, einen Teil davon polnischer Verwaltung anzuerufen. Deutschland soll also mit anderen Worten die Polen in diesen 10 bis 15 Jahren lehren, wie sie etwas aus diesem deutschen Lande machen können. Aber wenn der Völkerbund selbst anerkennt, dass ein Gebiet, dessen Mehrzahl deutsch ist, zugleich eine unteilbare Einheit ist, zu welchem folgerichtigen Schluss kommt man dann? Hier handelt es sich um ein deutsches Industriegebiet, das ausschließlich durch deutsche Gewerbe und Tüchtigkeit geschaffen ist, und dessen Verbleiben bei Deutschland von fundamentaler Bedeutung für Deutschland und damit Europas Ökonomie ist. Die Frage beantwortet sich selber. Der Völkerbund hat eine unglückliche Entscheidung getroffen.

Wirtschaftlicher Anschluss Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.

Wien, 25. Oktober. Auf dem österreichischen Handelskongress beschloss der Vertreter der Innsbrucker Handelskammer den Plan einer Arbeitsgemeinschaft mit den Kammern im Deutschen Reich, wobei er auf die innigen wirtschaftlichen Verbindungen mit Deutschland und auf die Erklärungen des Deutschen Industrie- und Handelstages hinwies, der sich zu einer solchen Zusammenarbeit grundsätzlich bereit erklärt. Der Anschluss an das Deutsche Reich, ob man ihn wünsche oder nicht, liege zweifellos im Bereich der Möglichkeit. Vertreter anderer österreichischer Handelskammern sprachen sich in gleichem Sinne aus. Sie wiesen darauf hin, dass Deutschland trotz seiner durch den Friedensvertrag planmäßig herbeigeführten Notlage noch immer der wichtigste Faktor der Börsenwirtschaft des europäischen Festlandes ist.

Sowjetrußland.

Neuorientierung im Wirtschaftsleben.

Riga, 24. Oktober. (PAT) Aus Moskau wird berichtet, dass Trotsky mit der gesamten Militärpartei eine neue Richtung in der wirtschaftlichen Politik eingeschlagen habe. Trotsky nimmt regen Anteil am Wirtschaftsleben. Es wird weiter mitgeteilt, dass die Befreiung Russlands in wirtschaftlicher Beziehung eine vollkommene Änderung erfahren hätte. Heute müsse man schon für alles bezahlen. Es wurde eine private Heilanstalt eröffnet in der die täglichen Unterhaltungskosten 250 000 Rubel betragen. An den Straßen

jaost fertig waren, kam Ellen eilig und erhielt aus der Stadt zurück.

"Ah, ich bitte sehr um Entschuldigung, ich wusste ja nicht, dass es schon so spät war."

Eilig hängte sie Hut und Jacke ins Entrée und setzte sich zu den beiden.

"Wo warst Du denn noch, Viebling? Hast Du noch so viele Weihnachtsbesorgungen gemacht?"

Ellen löffelte hastig ihre Suppe.

"Das nicht gerade. Wir waren noch in der Gemäldeausstellung."

"Wie? — Wer denn noch?"

"Ich traf zufällig Römer in der Königstraße, da meinte er, er möchte mir die Bilder vor meiner Abreise noch zeigen. Es sind wirklich wunderschöne darunter."

Lies sah ihren Gatten bittend an.

"Ach, Knut, da müssen wir auch einmal hin, sobald Du Zeit hast."

"Aber gerne, Kind. Übrigens habe ich einen Vorschlag für Euch beide. Wollen wir heute abend zusammen in den Tannhäuser? Als Abschiedsfeier für Ellen?"

Gerade wollte Lies "O ja, wie herrlich!" rufen, da sagte Ellen leise, kleinlaut:

"Heute abend wollst du doch aber Römer noch einmal zum Aben kommen."

Knut nickte.

"Richtig, das hatte ich ganz vergessen. Na, da gehe ich nachher schnell herum und sage ihm ab. Das ist ja eine Kleinigkeit."

Ellen saß tief über ihrem Teller gebogen.

"Er wird nachher nicht zu Hause sein, Knut. Er sagte mir vorhin, er hätte noch bis sechs Uhr Dienst heute."

"Dann schreibe ich ihm schnell ein paar Zeilen. Er kann dann ja morgen kommen."

Ellen spielte tief interessiert mit ihrem Serviettenring.

werden Zeitungen zum Verkauf angeboten es fahren wieder Droschen, deren Kutscher ihre Fahrgäste mit "Herr" titulieren.

Die Chancen der sozialistischen Pressebüros in Berlin, London, Christiania, Stockholm, Reval und Riga wurden nach Moskau berufen, um Instruktionen über die Durchführung einer ausländischen Aktion zur Erzielung von ausländischen Krediten für die sozialistische Bewegung entgegenzubringen.

Die finnische Presse berichtet von dem angeblichen Rücktritt Tschischcerins und von der Besetzung seines Palais als Kommissar für auswärtige Angelegenheiten durch Kadet.

Der Hunger.

Moskau, 24. Oktober. (PAT) "Izwestia" teilt mit, dass auch im ganzen Sowjetreiche Carcyn sich der Hunger ausbreite. Die Bevölkerung sucht nach Ertrag für Lebensmittel. Der Preis für Getreide liegt auf 70 000 Rubel für das Kilo. Wurzeln kosten 60 000 Rubel das Kilo. Im Mutter- und Kinderhaus starben von den 66 Böhligen 32. In den Krankenhäusern wurde die Versorgung auf ein Minimum herabgesetzt. Die Kranken erhalten sehr unregelmäßig ½ Pfund Brot, etwas Fleisch und Bulet. Diese Nation muss manchmal für ein paar Tage austreichen. Die Seuchen greifen wegen Mangel am Personal und Heilmitteln um sich.

Riga, 24. Oktober. (PAT) "Izwestia" teilt mit, dass auch im ganzen Sowjetreiche Carcyn sich der Hunger ausbreite. Die Bevölkerung sucht nach Ertrag für Lebensmittel. Der Preis für Getreide liegt auf 70 000 Rubel für das Kilo. Wurzeln kosten 60 000 Rubel das Kilo. Im Mutter- und Kinderhaus starben von den 66 Böhligen 32. In den Krankenhäusern wurde die Versorgung auf ein Minimum herabgesetzt. Die Kranken erhalten sehr unregelmäßig ½ Pfund Brot, etwas Fleisch und Bulet. Diese Nation muss manchmal für ein paar Tage austreichen. Die Seuchen greifen wegen Mangel am Personal und Heilmitteln um sich.

Persien und Aserbaidschan.

Brüssel, 24. Oktober. (Tel.-U.) Deut. meldet, dass eine russische Mission in Baku angekommen ist, um wirtschaftliche und politische Verträge mit der Sowjetregierung von Aserbaidschan abzuschließen.

Republik Polen.

† Kleinpoleins Kampf um seine Autonomie. Der Vorstand der B. P. S. (Böhmische sozialistische Partei) beruft die Mitglieder des Rates zu einer Sitzung am 30. d. Okt. Tagessitzung: Gebiet der Autonomie des östlichen Kleinpoleins.

Am Freitag fand eine Sitzung der Abgeordneten des östlichen Kleinpoleins statt, in der die Festlegung der rechtlichen Verhältnisse im östlichen Kleinpolen besprochen wurde.

Vor den Stadtverordnetenwahlen.

Die neue Verordnung über die städtischen Wahlen im ehemals preußischen Teilstück (die auszugweise bereits in Nr. 166 des Pol. Tagebl. veröffentlicht wurde), enthält in ihrem zweiten Teil folgende Übergangsbestimmungen:

§ 11. Auf Grund der in den folgenden Paragraphen enthaltenen Vorrichtungen sind die Wahlen zu den Stadtverordnetenvorversammlungen in sämtlichen im ehemals preuß. Teilstück belegenen Städten spätestens bis zum 15. November 1921 durchzuführen.

§ 12. Die Stadt wählt Stadtverordneten in der bisherigen Zahl.

Die im Sinne dieser Übergangsbestimmungen gewählten Stadtverordneten treten ihr Amt unverzüglich nach der Wahl an.

§ 13. Ohne Rücksicht auf den Zeitabstand, während dessen sie in der betreffenden Stadt wohnen, erhalten das Recht der Abstimmung in den im Sinne dieser Übergangsvorschriften durchgeführten Wahlen (§ 11) alle diejenigen Bürger, welche am 12. August 1921 im Gebiete der Stadt ihren ständigen Wohnsitz haben, falls sie den in § 5 Ab. 2 Pfeil 1, 2, 4 der Stadt-Ordnung vorgegebenen Afordernunen entsprechen.

Die Bestimmung des Absatz 2 gilt auch für diejenigen Wahlen, welche aus Anlass einer Ungültigkeitserklärung der vorangegangenen Wahlen statuten haben.

§ 14. Die im Sinne dieser Übergangsbestimmungen gewählten Stadtverordneten führen ihr Amt bis zum 31. Dezember 1924.

Die folgenden Wahlen zu den Stadtverordnetenvorversammlungen erfolgen im Jahre 1924 in den in § 20 und 21 der Städte-Ordnung (§ 5 dieser Verordnung) vorgegebenen Terminen.

§ 15. Bei den auf Grund dieser Übergangsbestimmung vornehmen Wahlen gelten an Stelle der Bestimmungen der §§ 20 und 21 der Städte-Ordnung (§ 5 dieser Verordnung) folgende Bestimmungen:

Der Magistrat stellt unverzüglich, spätestens binnen 14 Tagen, die Liste der stimmberechtigten Gemeindemitglieder auf und ordnet die Wahl einer Wahlkommission durch die Stadtverordnetenvorversammlung (§ 18 der Städte-Ordnung) an.

Nach Aufstellung der Mitgliederliste und Wahl der Wahlkommission legt der Magistrat unverzüglich auf eine Woche die Liste der Abstimmungsberechtigten zur öffentlichen Kenntnis aus und macht gleichzeitig mit der Wahlkommission bekannt:

1. dass die Liste der Gemeindemitglieder auf die Dauer einer Woche zur öffentlichen Kenntnisnahme ausgelegt ist unter gleichzeitiger Angabe des Ortes der Auslegung;

2. wieviel Stadtverordnete zu wählen sind;

3. Afordernung der Wähler zur Einreichung von Kandidatenlisten binnen zwei Wochen zu Händen der Wahlkommission;

4. Tag, Stunde, Ort und Zeitdauer der Wahlen, die nicht früher als vor Ablauf der sechsten, und nicht später als vor Ablauf der achten Woche vom Tage der Bekanntmachung an statzfinden soll.

Nach Aufstellung der Mitgliederliste und Wahl der Wahlkommission legt der Magistrat unverzüglich auf eine Woche die Liste der Abstimmungsberechtigten zur öffentlichen Kenntnis aus und macht gleichzeitig mit der Wahlkommission bekannt:

1. dass die Liste der Gemeindemitglieder auf die Dauer einer Woche zur öffentlichen Kenntnisnahme ausgelegt ist unter gleichzeitiger Angabe des Ortes der Auslegung;

2. wieviel Stadtverordnete zu wählen sind;

3. Afordernung der Wähler zur Einreichung von Kandidatenlisten binnen zwei Wochen zu Händen der Wahlkommission;

4. Tag, Stunde, Ort und Zeitdauer der Wahlen, die nicht früher als vor Ablauf der sechsten, und nicht später als vor Ablauf der achten Woche vom Tage der Bekanntmachung an statzfinden soll.

Das weiß ich gar nicht mehr. Aber wie gefragt — Lies nickte ihr zu.

"So bleiben wir hier, Schatz, zu Hause ist's auch immer am gemütlichsten. Aber wollen wir jetzt nicht ausstechen? Ich will noch Briefe nach Nilmers schreiben. Und Du?"

